

**Ann-Cathrine Böwing/ Oliver Thomas Rau**

---

### **Wie gefährdet ist die Demokratie?**

Bericht zum 7. Demokratie-Kongress der Konrad-Adenauer-Stiftung am 18. November 2016 in Bonn

#### **Der Demokratie-Kongress der Konrad-Adenauer-Stiftung**

Der „Demokratie-Kongress“ der Konrad-Adenauer-Stiftung ist ein wiederkehrendes Format aus dem Bereich der Politischen Bildung und widmet sich traditionell einem aktuellen gesellschaftspolitischen Thema. Auf dem 7. Demokratie-Kongress der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde die Fragestellung „Wie gefährdet ist die Demokratie?“ in den Mittelpunkt gerückt. Politische Diskurse haben sich durch populistische Rhetorik zunehmend aufgeheizt. Sei es in Deutschland selbst, im Zuge des Referendums über einen BREXIT oder aber zuletzt im US-Wahlkampf: populistische Erscheinungen zeigen sich vielerorts und finden offenbar Zuspruch bei immer mehr Menschen. Doch ist dieser Befund gleichsam ein Ausdruck für die Gefährdung der Demokratie? Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Politik, Politischer Bildung, Medien, Wissenschaft wie auch am Thema interessierten Bürgerinnen und Bürgern wurde darüber diskutiert, beraten, nach Erklärungen und Lösungen gesucht. In drei Foren (und damit aus drei verschiedenen Perspektiven) wurden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt: „Muss sich unsere Demokratie erneuern?“ (Forum 1), „Wie viel Populismus verträgt die Demokratie?“ (Forum 2) und „Muss Politische Bildung politisieren?“ (Forum 3). Anhand des Forums 3 wird deutlich, dass die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung sich nicht mit dem Aufzeigen oder mit Beschreibungen von Phänomenen begnügt, die etwa die repräsentative Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland gefährden könnten. Vielmehr sieht sie ihren Auftrag darin, die repräsentative Demokratie zu verteidigen und zu schützen. Frei nach ihrem Motto „Informieren – Orientieren – Aktivieren – Vernetzen“ fragt sie immer auch nach Handlungsmöglichkeiten. Somit ist auf dem Demokratie-Kongress insbesondere seine Handlungs- und Verantwortungsorientierung eine zentrale Maxime. Dass das Thema bewegt, zeigte sich unter anderem an der großen Nachfrage der Veranstaltung, denn etwa 1.200 Besucherinnen und Besucher folgten der Einladung zu einer intensiven und kontroversen Diskussion.

#### **Wie steht es um die Demokratie? – Eine Bestandaufnahme**

Im Rahmen des Kongresses wurden unterschiedliche Perspektiven auf die Verfasstheit der Demokratie in Deutschland beleuchtet und immer wieder auch der Blick geweitet auf andere Demokratien in Europa oder auch den USA. Dr. Wolfgang Schüssel, Bundeskanzler der Re-

publik Österreich a. D., warnte in seinem einführenden Vortrag „Wie steht es um die Demokratie in Europa?“ vor einer „Demokratie ohne Demokraten“. Schüssel verwies wiederholt auf unterschiedliche „Warnzeichen“ möglicher Gefährdungen der Demokratie, die man nicht missachten dürfe. Demokratie in Deutschland und den anderen europäischen Demokratien gehe immer über den bloßen Wahlakt hinaus: Es sei in einer pluralistischen Demokratie immer ein Streben nach Konsens und nach einer Balance zwischen den unterschiedlichen Meinungen und Überzeugungen. Zugleich forderte Schüssel aktives Engagement der Bürgerinnen und Bürger sowie einen stärkeren Fokus auf die Jugend. Es müsse sich mehr um „die Jungen“ gekümmert werden und es müsse eine höhere Bereitschaft geben, auf die Probleme, Sorgen und Einwände der nachwachsenden Generation zu hören.

Die Problematik einer Konsensfindung und der Balance unterschiedlicher Meinungen war auch ein zentraler Punkt des Vortrags von Nico Lange, stellvertretender Leiter Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung, in seinem „Faktencheck Populismus“: Populismus sei eine Methode, die auf der Grundlage der Formel „Wir gegen die“ mobilisiere und vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Probleme präsentiere. Dabei seien zwar Einfachheit und Klarheit nicht per se schlimm. Eine Gefahr sah Lange jedoch darin, dass die Populisten der Meinung seien, es gebe einen wahren Volkswillen und dass sie die einzigen seien, die diesen ausdrückten. Wenn Populisten also davon ausgehen, so Lange, als einzige den unumstößlichen Willen des ganzen Volkes zu kennen, argumentieren sie gegen die Prinzipien einer pluralistischen Gesellschaft mit ihren sehr vielfältigen Lebensstilen.

Dr. Wolfram Weimer, Verleger und Publizist, sprach in seinem „Zwischenruf zur politischen Kultur“ von einer „Zeitenwende in der Demokratieggeschichte“. Es vollziehe sich ein gesellschaftlicher Wandel, den er als eine Gegenbewegung zur 68er Bewegung bewertete. Bildhaft sprach er von einem Pendel der Zeitgeschichte, das von der einen Seite zur anderen Seite schlage. Es sei ein konservativer Wertewandel zu verzeichnen, welcher sich Weimers Einschätzung nach langfristig noch verstärken werde. Eine große Verantwortung sieht Weimer dabei, selbst als Vertreter der Publizistik sprechend, bei den Medien. Sei es eine Diskussion über die Notwendigkeit einer Reform der öffentlich-rechtlichen Medien oder ein großes Übergewicht der politisch eher zu Überzeugungen des „linken“ Spektrums neigenden Journalisten: Eine Diskrepanz zwischen „gefühlter“ Mehrheitsmeinung und erfolgreicher Berichterstattung sowie „paternalistische, pädagogische Erziehungsreflexe“ könnten langfristig Protesthaltungen fördern. Die Idee eines konservativen Wertewandels stützten auch die Erkenntnisse der jüngsten Shell-Jugendstudie: Im rechten Spektrum der Bevölkerung vollziehe sich eine tiefgreifende Veränderung, welche sich unter anderem in einem veränderten Parteiensystem ausdrücke: Politischer Protest sei von politischen Randgruppen in die gesellschaftliche Mitte gerückt. Dies geschehe in vielen westlichen Demokratien und „vernetze“ sich.

## Diskussionen in drei Foren

Mit einer Vielzahl an Eindrücken aus dem ersten Teil des Kongresses gingen die Teilnehmenden in die drei parallel zueinander stattfindenden Fachforen.

Das Forum 1 fragte: „Muss sich unsere Demokratie erneuern?“ Für eine mobile, heterogene und komplexe Gesellschaft, so die Bundestagsabgeordnete Elisabeth Winkelmeier-Becker, sei es zunehmend eine Herausforderung, Pluralität so zu organisieren, dass sie in politische Entscheidungen und staatliche Handlungsfähigkeit mündeten. Während das Mehrheitsprinzip diesem Ziel diene, suchten etwa Populisten durch eine ungerechtfertigte Berufung auf ein „Wir“ oder „das Volk“ in vermeintlich klarer Abgrenzung gegen die „Politik“, „Altparteien“ oder „etablierte Eliten“ demokratische Verfahren der Kompromissfindung und Mehrheitsbildung zu umgehen. Sabine Frank von Google Germany vertrat eine konträre Position. Impulse zur Erneuerung der Demokratie sah sie vor allem im Internet. Ihre These: Das Internet trage zur Demokratisierung und zur Stärkung der Partizipation bei. Frank stellte damit unter anderem das der Aufklärung verpflichtete Transparenzgebot in den Mittelpunkt und forderte mehr Bildung als Schlüssel zur Teilhabe in demokratischen Staaten. Sie bekannte sich zu der Gefahr, dass Online-Plattformen wie Google missbraucht werden können und dass dahingehend Wachsamkeit geboten sei. Der Politikberater Daniel Wensauer-Sieber übertrug die aus der Unternehmenswelt entlehnten Beispiele auf die politische Welt und verwies auf Aspekte des Veränderungsmanagements. In seinem Fokus lagen dabei die subjektive Haltung der Veränderungswilligen und objektiv günstige Rahmenbedingungen für Veränderung. Unter anderem wurde die Öffnung der Parteien durch alternative Formen der Partizipation und eine höhere Experimentierbereitschaft der Politik als ein Mittel gegen den Vorwurf des Elitendiskurses empfohlen.

Das Forum 2 erörterte die Frage „Wie viel Populismus verträgt die Demokratie?“: Dabei wurde klar, dass Populismus kein Gegenbegriff zu Demokratie sei. Prof. Dr. Ulrike Ackermann, Leiterin des John Stuart Mill Instituts für Freiheitsforschung in Heidelberg, verwies auf die Gemeinsamkeiten der Formen von Populismus, insbesondere antiwestliche Ressentiments, eine Einstellung gegen Kapitalismus und Globalisierung, der Wunsch nach einem stärkeren Rekurs auf den Volkswillen und Europaskepsis. Der emeritierte Politikwissenschaftler Prof. Dr. Eckhard Jesse beklagte das unklare Verständnis von Populismus, der immer wieder mit Extremismus vermischt werde. Populismus als solcher könne durchaus ein Teil des demokratischen Spektrums sein. Auf Extremismus treffe dies in keinem Falle zu. Auch Nico Lange plädierte dafür, dass Demokratie grundsätzlich den Populismus vertrage. Demokratietheoretisch problematisch sei dabei allerdings insbesondere, dass Populisten den offenen Dialog scheuten.

In Forum 3 ging es darum, ob Politische Bildung politisieren muss (oder nicht). Diskutanten waren dabei Dr. Wolfram Weimer, der Projektleiter des Netzwerks Politische Bildung Bayern, Dr. Christian Boeser-Schnebel von der Universität Augsburg, sowie Christoph Velling aus Rös-rath, Vorstandsmitglied im Kinder- und Jugendrat NRW. Im Ergebnis sprachen sich sowohl

die Vertreter des Podiums als auch das Publikum grundsätzlich für eine „Politisierung“ der Politischen Bildung aus. Sie sollte gerade in Umbruchsphasen Substanz vermitteln, historische Bezüge herstellen, Probleme und Fragen aufwerfen und die Dialogwilligkeit, Dialogfähigkeit und Urteilsfähigkeit stärken. Als eine große Herausforderung stellte sich dabei die Gratwanderung dar, bei einer „Politisierung“ der Rezipienten Politischer Bildung zugleich sowohl in der Schule als auch in der Erwachsenenbildung den Beutelsbacher Konsens und seine Grundsätze der Neutralität, der Kontroversität und des Überwältigungsverbotens zu beachten.

### **Wie gefährdet ist die Demokratie? – Eine Einschätzung**

Im dritten Teil des Kongresses sprach der Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, Peter Altmaier MdB, als Hauptredner des Tages. Begrüßt wurde er durch den Präsidenten des Europäischen Parlaments a.D. und Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering.

In seiner Begrüßung beklagte Pöttering die Unzufriedenheit vieler Menschen nicht nur mit den politischen Parteien, sondern auch mit den sogenannten Eliten. Diese Kritik gipfeln teilweise in der Infragestellung der Sinnhaftigkeit, Notwendigkeit und Funktionstüchtigkeit staatlicher Institutionen, verbunden mit dem Vorwurf, vieles „funktioniere“ nicht (mehr). Damit verbunden erklinge vielfach der Vorwurf an „die Medien“, sie seien lediglich eine „Lügenpresse“ und missbrauchten die vorbildliche Presse- und Medienfreiheit des deutschen Grundgesetzes. Spätestens mit dem Flüchtlingszustrom seit Sommer 2015 seien eine Verschärfung und eine Verrohung dieser Diskussionen zu beobachten. Eine Kernaufgabe unter anderem der Politischen Bildung sei es, Demokratinnen und Demokraten zu bilden und einen sachorientierten Diskurs zu den Bürgerinnen und Bürgern zu bringen.

Bundesminister Peter Altmaier zeigte im Rahmen seines Vortrages die vielfältigen Ursachen für die Verunsicherung der deutschen Bevölkerung auf, wie etwa die Krise in der Ukraine aber auch der Zustrom der vielen Flüchtlinge im Jahr 2015. Dabei rekurrierte er in seiner Einschätzung möglicher Gefährdungen der Demokratie auf die Diskrepanz, dass es den Menschen in Deutschland einerseits heute so gut gehe wie kaum je zuvor, dass sie andererseits aber die Sorge eines Abstiegs und Kontrollverlustes hätten, was sie nicht zuletzt auf Auswirkungen der Globalisierung zurückführten. In Bezug auf populistische Parteien kritisierte Altmaier, dass jene sich geschürter Ängste bedienten und die Sorgen der Menschen missbrauchten. Eine Antwort darauf müsse dezidiert auch Politische Bildung sein, welche Räume für die Diskussion und Auseinandersetzung bieten könne. Als ein stabilisierendes Element der Demokratie bezeichnete Altmaier die Mittelschicht in Deutschland, welche so breit und so stark wie kaum irgendwo anders in Europa oder in der Welt sei. Es gehe unter anderem darum, was getan werden könne, um im Interesse einer funktionierenden Demokratie wiederum diese Mittelschicht zu stabilisieren. Nicht zuletzt, so Altmaier, basiere die Stärke der Gesellschaft in Deutschland in der Bundesrepublik auf starken gesellschaftlichen Zusammenschlüssen, etwa Vereinen und Verbänden und dem damit verbundenen ehrenamtlichen En-

gagement. Es sei bedenklich, dass viele dieser Vereinigungen mit erheblichen Nachwuchs-sorgen zu kämpfen hätten. Der Zusammenhalt einer Gesellschaft hänge maßgeblich davon ab, so Altmaier, im Hinblick auf Maßnahmen gegen eine Gefährdung der Demokratie, denjenigen Menschen Angebote zu machen, die sich abgehängt fühlen oder die den Eindruck haben, von der Modernisierung und von der Globalisierung vergessen worden zu sein.

### **60 Jahre Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung: Anforderung und Herausforderung**

Politische Bildungsarbeit, so ein Fazit von Dr. Melanie Piepenschneider, Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung, ist vielleicht sogar stärker gefragt denn je: Politische Bildung treffe beim Bürger auf einen immensen Bedarf an Kommunikation und Artikulation von Positionen. Sowohl eine Hochkonjunktur dialogischer Formate als auch ein wachsender Bedarf an politischer Grundlagenbildung seien zu beobachten. Zugleich befinde sich Politische Bildung in der heutigen, durch populistische Strömungen gekennzeichneten Zeit in einer Phase der Suchbewegungen. Es gehe nicht darum, die repräsentative Demokratie unter „Denkmalschutz“ (Formulierung nach Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte) zu stellen. Vielmehr müsse verstärkt für Logik und Ablauf parlamentarischer Entscheidungsprozesse sensibilisiert werden. Ebenso sei die Bedeutung der politischen Streitkultur im Verständnis des Ringens um ein bestmögliches Ergebnis hervorzuheben. Die Politische Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung werde daher wieder einen Schwerpunkt auf Grundlagenbildung legen, Demokratie und ihre Mechanismen in den Mittelpunkt der Betrachtung rücken. Dies gelte insbesondere für die Zusammenarbeit mit jungen Menschen, so Frau Piepenschneider. Im 60. Jubiläumsjahr der Politischen Bildung bleibe die Festigung einer demokratischen Grundüberzeugung Kernbestandteil der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Nachberichterstattung (Redetexte, Fotos etc.) zum 7. Demokratie-Kongress finden Sie unter: [www.kas.de/demokratiekongress2016](http://www.kas.de/demokratiekongress2016)

#### **AutorInnen**

**Ann-Cathrine Böwing und Oliver Thomas Rau**, Hauptabteilung Politische Bildung, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Kontakt:** [ann-cathrine.boewing@kas.de](mailto:ann-cathrine.boewing@kas.de)

#### **Redaktion**

**BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

[newsletter@b-b-e.de](mailto:newsletter@b-b-e.de)

[www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)